

## Tarifrunde 2011

Jede Tarifrunde hat ihre Spezifika. Von Ende 2008 bis Anfang 2010 musste die gravierendste Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wirtschaft geschultert werden - dies führte im letzten Jahr zu einem Gesamtarifpaket, in dem statt einer prozentualen Erhöhung Einmalzahlungen für die Beschäftigten festgeschrieben wurden, die mittels Betriebsvereinbarung reduziert oder in Bezug auf die Fälligkeit verschoben werden konnten. Die Wirtschaftslage 2011 war erfreulicherweise diametral anders als im Vorjahr. Man hatte die tiefe Krise überstanden, man konnte eine maßgebliche Erholung konstatieren. Erfolgreiches Krisenmanagement hatte zum weitestgehenden Erhalt von Arbeitsplätzen in der chemischen Industrie geführt. Dabei spielte die Inanspruchnahme der tarifvertraglichen Öffnungsklauseln auch eine ganz erhebliche Rolle. Belastungsfaktoren für einen Tarifkompromiss stellten die teils euphorisch ausgefallenen Medienberichte in Bezug auf die wirtschaftliche Situation und Entwicklung dar, wobei in den Tarifverhandlungen ganz maßgebliche Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung von Konzernen einerseits und kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) andererseits verdeutlicht werden mussten. Auch einige Sparten wie Faser, Autozulieferer, Servicegesellschaften und Pharma hatten mit ganz spezifischen Problemen zu kämpfen. Die in der Presse über Wochen mit entsprechendem Schlagzeilen versehene „rosige“ Wirtschaftslage war erwartungsgemäß von der IG BCE zur Begründung ihrer Forderung nach einer siebenprozentigen Entgelterhöhung aufgegriffen worden. Schädlich war außerdem wieder einmal die Einmischung der Politik in die Tarifautonomie. Der berühmte-berüchtigte „Schluck aus der Pulle“ als Synonym für entsprechend hohe Lohnabschlüsse wurde leider auch nachhaltig von den maßgeblichen Vertretern der Bundesregierung geäußert. Und der Tarifabschluss 2010 mit der eingangs benannten Einmalzahlung diente auch der Forderungsbegründung, da letztes Jahr keine dynamisch wirkende prozentuale Erhöhung der Entgelte vereinbart worden war. Die diesjährige Tarifrunde begann regional mit der Auftaktveranstaltung am 16.02.2011 in Nordrhein, in Bayern fanden die Gespräche am 22.02.2011 statt, in der zweiten Bundestarifrunde am 31.03.2011 wurde in Bad Honnef ein Ergebnis erzielt.

Zentraler Komplex des Tarifabschlusses war und ist das Entgelt. Nach einem Leermonat zu Beginn der Laufzeit erhöhten sich die Tarifentgelte um 4,1 Prozent für 14 Monate. Ein Novum im diesjährigen Ergebnis ist die Flexibilisierung des Zeitpunktes der Entgelterhöhung mit zwei Zeitkomponenten: Es wurde die Möglichkeit des Vorziehens um einen Monat bzw. des Verschiebens um bis zu zwei Monate festgeschrieben! Damit wurden Gestaltungsmöglichkeiten auf betrieblicher Ebene vereinbart, die den Weg eröffneten weg von einer festen Erhöhungszahl über die gesamte Laufzeit hin zu einer der wirtschaftlichen Lage im jeweiligen Unternehmen angepassten Erhöhung. Die 4,1 Prozent müssen deswegen ausschließlich unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Nullmonats, der Gesamtlaufzeit von 15 Monaten und der Flexibilisierungsmöglichkeiten gesehen und beurteilt werden. Die Tarifrunde 2011 ist mit einem akzeptablen Kompromiss abgehakt, die Zukunftsthemen für die Gespräche und Verhandlungen zwischen IG BCE und Arbeitgeberseite sind Nachwuchssicherung, Fortführung des Sozialpartnermodells „Start in den Beruf“, Steigerung des Ausbildungsangebots, Eingliederung von Bachelor und Master in den BETV und Demografie.

## Wirtschaftliche Lage

Nach dem Krisenjahr 2009 schaffte die bayerische chemische Industrie 2010 wieder ein erfreuliches Ergebnis. Dies ist den vielen einzelnen Maßnahmen in den Firmen zum Wettbewerbsverbesserung, Kostensenkung (darunter auch der Inanspruchnahme tarifvertraglicher Öffnungsklauseln) sowie Innovationen in den letzten Jahren zu verdanken, die zu einer gesunden Struktur der Chemie im Lande geführt haben. Auch wenn nicht überall das Vorkrisenniveau erreicht wurde, so gab es doch in weiten Teilen der Branche einen deutlicher Aufschwung. Mit rund 171 Mrd. Euro Gesamtumsatz hat die deutsche chemische Industrie 2010 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent erfahren und damit ihre Stellung als viertgrößter Industriezweig Deutschland gefestigt. Einen wichtigen Anteil an dieser Entwicklung hat auch der kräftig gewachsene Auslandsumsatz, der um 21 Prozent auf rund 100 Mrd. Euro gesteigert werden konnte. Aufgrund einer neueren statistischen Abgrenzung verringerte sich zwar der Gesamtumsatz der bayerischen chemischen Industrie gegenüber 2008, das lag aber daran, dass wichtige Produktionen nicht mehr unter Chemie erfasst sind. Das bayerische statistische Landesamt gibt für den verbleibenden Chemieumsatz von 15,3 Mrd. in 2010 eine Steigerung von über 20 Prozent an (einschließlich Pharma). Aufgrund dieser neuen Abgrenzung ist der Anteil des Auslandsumsatzes der bayerischen chemischen Industrie deutlich höher geworden, er beträgt mittlerweile 9,1 Mrd. Euro und hat sich im letzten Jahr um 24 Prozent erhöht. Der Umsatz im Inland steigerte sich nach dieser neuen Abgrenzung um 18 Prozent auf 6,2 Mrd. Euro. Die Produktionsmenge konnte 2010 aufgrund der guten Auslastung um 17,6 Prozent gesteigert werden. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass trotz der Krise die Beschäftigtenzahl in der bayerischen chemischen Industrie konstant gehalten werden konnte.

Die Spartenentwicklung in Bayern zeigte sich 2010 vom Grundtenor her überall positiv, aber mit sehr großen Ausschlägen. Spitzenreiter im Wachstum war nach der amtlichen Statistik die Herstellung von Kunststoffen, hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass durch statistische Verschiebungen in diesem Bereich die angegebenen 33 Prozent Umsatzwachstum entsprechend vorsichtig zu werten sind. Gut entwickelt haben sich organische Grundstoffe mit plus 28 Prozent ebenso wie anorganische Erzeugnisse (ebenfalls 28 Prozent) und Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel mit plus 26 Prozent sowie nach vielen Jahren mit dramatischen Rückgängen die Chemiefasern mit einer Zunahme von 27 Prozent. Im Chemiedurchschnitt entwickelten sich anorganische Grundstoffe sowie Klebstoffe, deutlich zurück blieben hinter dieser Entwicklung Körperpflegemittel, aber auch Druckfarben, Anstrichfarben und sonstige Farbstoffe sowie insbesondere Arzneimittel, sie hatten aber auch die Talfahrt 2009 nicht mitgemacht.

Auch in Bayern ist die chemische Industrie gut in das Jahr 2011 gestartet. So nahm im ersten Quartal die Produktion noch um gut 10 Prozentpunkte zu, flachte aber im April deutlich auf nahezu Januar-Niveau ab. Lediglich bei den pharmazeutischen Erzeugnissen ging die Produktion um 2 Prozent zurück. Verantwortlich sind hier staatliche Eingriffe in den Arzneimittelmarkt, vor allem Zwangsrabatte im GKV-Sektor. Nach wie vor erwartet man, dass die Geschäfte in den kommenden Monaten weiterhin gut gehen, trotz internationaler Risiken im Zusammenhang u.a. durch hohe Rohstoffpreise und Unsicherheiten in den Währungsparitäten.

## EU-Politik

Auf EU-Ebene sieht man sich mit einer Flut von Grundsatzpapieren, Novellierungen von bestehenden Richtlinien und beabsichtigten Verordnungen oder Richtlinien konfrontiert. Auf wirtschafts- und sozialpolitischem Sektor seien nachfolgend nur einige Schwerpunkte benannt.

Im März 2010 wurde von der EU-Kommission in einer Mitteilung „Europa 2020“ ihre Strategie veröffentlicht. Sie will Europa auf einem intelligenten und nachhaltigen integrativen Wachstumspfad bringen. Damit wurden die Ziele der Lissabon-Agenda ab 2010 wieder aufgegriffen - das Thema Klimaschutz ist nun ebenfalls auf der Agenda ausdrücklich genannt. Die weiteren Zielfestlegungen: Dauerarbeitsplätze für 75 Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, permanenter Aufwand von 3 Prozent des BIP für F&E, Verschärfung der Klimaziele, Senken des Anteils der Schulabbrecher auf 10 Prozent, Hochschulabschluss für 40 Prozent der jüngeren Generation, Senkung der Zahl der arbeitsgefährdeten Personen unter 20 Mio. Die Kommission will zwar einerseits eine nachhaltige Förderung des unternehmerischen Geistes, andererseits aber verstärkt staatliche Steuerung. Geplant sind ein umfangreicher Instrumentenkasten zur ökologischen Anpassung von Produktions- und Verbrauchergewohnheiten sowie ein sog. grünes Beschaffungswesen. Die selbstgewählte Vorreiterrolle der EU im Klimaschutz wird zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gehen. Von den 34 weitreichenden Initiativen und 280 weiteren Regelungsvorschlägen seien die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele auf 30 Prozent genannt, ferner die CO<sub>2</sub>-Besteuerung, die Ökodesignrichtlinie, die Biodiversitätsstrategie, die Infrastruktur- und Industrieprojekte weiter erschweren wird, sowie die CAFE-Strategie (Clean Air for Europe) mit einem ganzen Bündel von Richtlinien zur Luftqualität. Auch Novellen bestehender Richtlinien werden zu einer zusätzlichen Belastung für die betroffene Wirtschaft führen, z.B. die Seveso-Richtlinie. Dabei kämpft die Wirtschaft gleichzeitig mit der Umsetzung schon erlassener Richtlinien und Verordnungen wie z.B. REACH, GHS usw.

Als prioritäre sozialpolitische Themen in Europa muss man die betriebliche Altersversorgung, die Revision der Arbeitszeitrichtlinie, die Revision der Mutterschutzrichtlinie und die Richtlinie zu europäischen Betriebsräten nennen. Das Grünbuch „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“ zu dem an erster Stelle genannten Komplex ist im Zusammenhang mit dem Weißbuch „Alterssicherung und Revision der Pensionsfondsrichtlinie“ zu nennen. Eine Senkung oder gar Abschaffung der in Deutschland geltenden Unverfallbarkeitsfrist von fünf Jahren in diesem Zusammenhang würde die betriebliche Altersversorgung als personalpolitisches Instrument zur Mitarbeiterbindung nahezu völlig entwerten. Und im Zusammenhang mit der genannten Arbeitszeitrichtlinie ist als besonders brisanter Bereich der Bereitschaftsdienst zu nennen. EU-Initiativen laufen ferner zu Chancengleichheit und Frauen in Führungspositionen, daneben gibt es Richtlinienvorschläge zu innerbetrieblich Versetzten und Saisonarbeitern.

Erwähnt werden muss auch noch, dass sich das EU-Parlament für die Schaffung eines eigenen europäischen Vertragsrechts ausgesprochen hat, das neben die 27 nationalen Rechtsordnungen treten soll. Dieses Vertragsrecht soll zwar nicht als obligatorisch eingeführt werden, sondern lediglich eine Option für grenzüberschreitende Geschäfte sein. Allerdings muss man im Hinblick auf die exportorientierte Industrie innerhalb des Gemeinschaftsraumes mit Mehrkosten und zusätzlicher Bürokratisierung rechnen. Eine erfolgreiche Interessensvertretung im Sinne der Industrie kann auch in Zukunft nur dann platzgreifen, wenn auf allen Ebenen abgestimmt agiert wird. Unsere bayerischen EU-Parlamentarier sind dabei maßgeblicher Bestandteil des Netzwerkes.

## Energie

Die ohne zwingende Gründe vollzogene, völlig überstürzte Energiekehrwende stellt einen Schwerpunkt der Medienberichterstattung unter dem Aspekt verschiedenartiger Facetten in den vergangenen Wochen und Monaten dar – völlig zurecht, da ein so komplexes Vorhaben wie der Atomausstieg von den politischen Entscheidern im globalen Alleingang beschlossen wurde, ohne die ganz gravierenden Risiken für den Industriestandort Deutschland im erforderlichen Umfang überprüfen und berücksichtigen zu können. Die Industrie trägt mit rund einem Viertel zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in unserem Lande bei und ist die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität. Politisch so unterschiedlich angesiedelte Ministerpräsidenten wie Hannelore Kraft von der SPD und David McAllister von der CDU sprechen von dem Problem einer De-Industrialisierung durch die Energiewende. Eine sichere, weil die Verfügbarkeit gewährleistende und finanziell tragbare Energieversorgung ist für die Industrie insgesamt ein unabdingbares Fundament für eine erfolgreiche Zukunft. Es gibt natürlich Chancen bei der Umstrukturierung der Energieträger, von der Branche der bayerischen chemischen Industrie auch partizipieren werden. Es gibt aber auch ganz gravierende Risiken, wie z.B. die Versorgungssicherheit, Energiekostensteigerungen, Arbeitsplatzverlust in Folge von Reduzierung oder Einstellung von Investitionen, begleitet von einer schleichenden Abwanderung, und Erreichbarkeit der Klimaschutzziele. Gerade Bayern mit rund 60 Prozent Atomstromanteil begibt sich in die Gefahr, die existente Unabhängigkeit der Energieversorgung zu gefährden. Außerdem darf der drohende Verlust von Wertschöpfung nicht außer Acht gelassen werden – nicht nur die energieintensive Industrie wie die chemische Industrie muss gesehen werden, sondern auch alle anderen Bereiche, zu denen in der Wertschöpfungskette intensive Geschäftsbeziehungen existieren.

Die Politik stellt den Aspekt der Sicherheit als Begründung in den Vordergrund. Oberste Sicherheit ist selbstverständlich, aber bitte europaweit! Die Politik lässt bei ihrem Alleingang die 146 Atommeiler in 18 Ländern genauso außer Acht wie die im Bau befindlichen 13 Reaktorblöcke in 5 Ländern. Bayern bzw. Deutschland ist nicht eine Insel – Strahlung macht nicht an der Grenze halt! Mit dem Atomausstieg werden die Meiler in anderen Ländern nicht sicherer – im Gegenteil! Durch einen konsequenten Ausstieg geht Modernisierungspotential und Innovationsentwicklung in Deutschland langsam aber sicher verloren. Anfang Mai 2011 verzichtete man auf EU-Ebene auf strenge Reaktortests. Mit ihrem „unumkehrbaren“ Ausstieg aus der Atomenergie trägt die Politik der Regierenden im Lande zur sukzessiv sich verschlechternden Sicherheit in Europa bei!

Die chemische Industrie hat den absolut höchsten Energiebedarf aller industrieller Branchen in Deutschland. Mit einem Strombedarf von rund 50 Mrd. Kilowattstunden (20 Prozent des produzierenden Gewerbes) und 110 Mrd. Kilowattstunden Erdgas (rund 13 Prozent des Gesamterdgasverbrauchs) in Deutschland ist die chemische Industrie Spitzenreiter. Der Anteil in Bayern beträgt ca. 12-14 Prozent. Und schon jetzt haben wir im Lande beim Strom im internationalen Vergleich die mit höchste Kostenbelastung.

Dabei darf die Industrie und die eigene Branche nicht ausschließlich wie so oft als Energieverbraucher gesehen werden – mit ihren Produkten trägt die chemische Industrie ganz maßgeblich zur Energieeffizienz und -einsparung in allen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens bei.

Die Bewältigung der Energieproblematik ist mit Sicherheit eine der zentralsten Aufgaben für die Interessenvertretung der chemischen Industrie, gerade auch in Bayern.

## Aus der Arbeit des VBCI

Ziel eines jeden Arbeitgeberverbandes muss sein, die tarif-, sozial- und personalpolitischen Interessen seiner Mitgliedsunternehmen permanent wirkungsvoll und auf möglichst vielen Gebieten erfolgreich zu vertreten. Voraussetzung hierfür ist ein intensiver Kontakt und Gedankenaustausch mit den Mitgliedsunternehmen auf der einen Seite und ein enggeknapptes, funktionierendes Netzwerk mit Ansprechpartnern in Politik, Verwaltung, Rechtsprechung und Gewerkschaften auf der anderen Seite. Im VBCI wird dies intern durch die praxisorientierte, offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorstand, Tarifpolitischem Ausschuss, Sozial- und Personalpolitischem Ausschuss und Wirtschaftspolitischem Ausschuss sowie durch die Abstimmung von Aktivitäten im Arbeitskreis „Berufsausbildung“, in den Arbeitsgruppen „Personalentwicklung“ und „SAP“ sowie in den Personalleitersgesprächen gewährleistet.

Themen in diesen Gremien waren neben der Tarifrunde 2011 die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, die geplante Neuregelung des Arbeitnehmerdatenschutzes, die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit für Bürger aus den 2004 der EU beigetretenen Staaten ab dem 01.05.2011, ferner die Komplexe „Beruf und Studium“, „Virtuelle Führung“, „Psychische Erkrankungen“, „Bildungscontrolling“ und „Heterogene Lerngruppen in der Ausbildung“. Beschäftigt hat man sich auch mit den Anforderungen für das Ausbildungspersonal, mit der Situation des Chemieunterrichts nach Einführung des G8, mit aktuellen tarifpolitischen Entwicklungen und neuester Rechtsprechung sowie mit den aktuellen Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene. Ein permanentes Thema der Zukunft wird die Bewältigung der demografischen Entwicklung in den Unternehmen sein. Schlagwortartig seien nur der Fachkräftemangel, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, das betriebliche Gesundheitsmanagement und der Wissenstransfer genannt. Die Interessenvertretung der sozialpolitischen Belange der Mitgliedsunternehmen erfolgt durch eine Vielzahl von Stellungnahmen gegenüber Politik und Verwaltung, im Berichtszeitraum zu den Bereichen Leiharbeit und Arbeitnehmerdatenschutz auf der nationalen Ebene, auf der europäischen Ebene u.a. zu den Themen „Arbeitszeit“, „Betriebliche Altersversorgung“ und „Mutterschutzzeiten“. Herauszuheben ist an dieser Stelle die geplante Neuregelung zum Beschäftigtendatenschutz. Begrüßenswert an dem bislang vorliegenden Entwurf ist das Anliegen, die offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitnehmerdatenschutz rechtssicher zu regeln. Der Gesetzentwurf sieht aber 18 neue Informationspflichten vor; er geht von einer zusätzlichen Kostenbelastung der Wirtschaft für Informationspflichten in Höhe von 9,5 Mio. Euro jährlich und einmaligen Umstellungskosten von 10,3 Mio. Euro aus. Deshalb ist der Entwurf in der vorliegenden Fassung abzulehnen, zusätzliche Kosten und Bürokratie-Ausbau sind – insbesondere für KMUs – nicht akzeptabel.

Um die Mitarbeiter in den Mitgliedsunternehmen über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten, besteht die Möglichkeit, das breitgefächerte, tagesaktuelle Intranet zu nutzen oder sich über den wöchentlichen Newsletter oder das monatliche Journal zu informieren. Außerdem werden Seminare, Informationsveranstaltungen und Schulungen für spezielle Personenkreise angeboten. Die seit Jahrzehnten bewährten Meister- und Führungskräfte-Treffen ergänzen den Angebotskorb.

## Aus der Verbandsarbeit

Zentrales Thema war nach wie vor die Stärkung des Chemiestandorts Bayern durch konkrete Forderungen nach und begleitende Umsetzung von entsprechenden staatlichen Rahmenbedingungen. Dazu gehören u.a. die Sicherung einer kostengünstigen Energieversorgung und die Gewährleistung einer nachhaltigen Rohstoffbasis.

Der offene, vertrauensvolle und praxisorientierte Meinungsbildungsprozess intern ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Positionierung der bayerischen chemischen Industrie gegenüber Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Grundsatzpositionen hierzu werden durch den Vorstand sowie den Beirat festgelegt, sie werden ergänzt und vertieft in den Arbeitskreisen für Umwelt, Energie und Forschung. Mit Detailfragen beschäftigten sich die Expertenkreise Stoffpolitik, Arbeitsschutz und Anlagensicherheit sowie Responsible-Care-Umsetzung.

Vollzugsfragen werden sowohl im Expertendialog Umwelt-VCI-vbw sowie im Expertendialog Stoffpolitik mit Vertretern aus Umwelt-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium sowie gelegentlich weiterer betroffener Ressorts diskutiert und überwiegend einer einvernehmlichen Lösung zugeführt.

Mit dem Ziel, die Innovationsfähigkeit der Branche weiter zu entwickeln, engagiert sich der Verband sowohl im Chemie-Cluster Bayern wie auch in der Bayerischen Patentallianz. Der zukünftigen Rohstoffversorgung der chemischen Industrie Bayerns dient das Engagement des Verbandes und einiger Mitgliedsfirmen in einem geplanten Graduiertenkolleg des Wissenschaftszentrums Straubing, in dem ca. 15 Doktoranten unter Anleitung der Hochschullehrer über drei Jahre hinweg Themen bearbeiten sollen, die im Zusammenhang mit der Verwendung verschiedener, im weitesten Sinn regenerativer Rohstoffe stehen. Hierbei ist ein langfristiger Horizont (2050) im Fokus. Dem Ziel des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe dient das Engagement des Verbandes bei C.A.R.M.E.N. (Rohstoffagentur Bayerns) seit dessen Gründung.

Der Verband beteiligte sich als Partner auch 2011 wieder am 7. Kongress Forum Life Science von Bayern Innovativ, am 23./24.03.2010 an der TU München - sowohl mit einem eigenen Messestand als auch organisatorisch. Bei diesem Kongress trafen sich über 900 führende Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft und diskutierten Themen aus den Bereichen „Pharma“, „Development“, „Food & Nutrition“ und „Industrial Biotechnology“. Mit einem Stand auf der Wirtschaftsausstellung beim CSU-Parteitag am 29./30.10.2010 in München gemeinsam mit Mitgliedsfirmen und dem vom VCI ebenfalls betreuten BPI Landesverband nutzte man die Möglichkeit, Vorstellungen der Branche und Anliegen gegenüber politischen Repräsentanten zu thematisieren.

Kontraproduktiv zum Umweltpaketgedanken ist die Gebührenerhöhung bei der Regelüberwachung von BImSchG-Anlagen um bis zum 40-fachen, nachdem Vorgaben des Umweltministeriums, die Anlagenüberwachung zu privatisieren, vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof für rechtsunwirksam erklärt worden waren. Der Verband hatte mit anderen betroffenen Organisationen und Verbänden der Wirtschaft gemeinsame Positionen erarbeitet und die Firmen in ihrem Widerstand gegen diese kostenbelastenden Maßnahmen unterstützt. Nachdem auch gegen das neue Kostenverzeichnis von einzelnen Betroffenen Klage erhoben wurde, gibt es mittlerweile Urteile des Verwaltungsgerichts Ansbach, die im Sinne der klagenden Unternehmen entschieden wurden. Problematische Komplexe wie die gerade skizzierte Gebührenfestlegung sollten eigentlich im Konsens gelöst werden, nicht von den Gerichten!

Zur neuen CO<sub>2</sub>-Emissionshandelsperiode fand eine Informationsveranstaltung statt. Das Jahr der Chemie wurde in Bayern am 11.02.2010 in Burghausen durch eine eigene Veranstaltung eröffnet - im Rahmen der Zusammenkunft konnten die erfolgreichen Chemieolympioniken Bayerns geehrt werden.

## Industrieland Bayern

Im Frühjahr 2011 hat die deutsche Industrie die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise überstanden, der gewaltige Aufholprozess nach dem Einbruch, vor allem im Jahr 2009, konnte als weitgehend überstanden konstatiert werden. Die Vorkrisenergebnisse wurden zwar nicht in allen Bereichen und Branchen wieder erreicht, die wirtschaftlichen Daten können sich aber sehen lassen. Die zufriedenstellende konjunkturelle Lage darf aber nicht dazu führen, dass man die gewaltigen zukünftigen Anforderungen außer Acht lässt. Das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft ist auf dem Prüfstand, die galoppierende Globalisierung zwingt zu Anpassung und Flexibilisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der immense Anpassungsdruck bietet Chancen und Risiken zugleich. Zu den Megatrends gehört einmal die demographische Entwicklung. Bis zum Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung nach UN-Prognosen um ca. zweieinhalb auf über neun Mrd. Menschen auf dem Globus steigen, wobei der Hauptanteil auf die heutigen Entwicklungs- und Schwellenländer entfallen wird. Gleichzeitig wird sich die Zahl der Älteren bis zu dem genannten Jahr auf über zwei Mrd. Menschen belaufen. Nur technologischer Fortschritt wird die steigende Ressourcenknappheit bewältigen helfen.

In unserem Lande bewährte sich, dass die Ausgewogenheit von Produktion und Dienstleistungen stimmt. Die elementare Rolle der Industrie für den Wohlstand in unserem Lande, die im internationalen Wettbewerb erfolgreich produziert, scheint aber bei politischen Entscheidungsträgern nicht immer ausreichend bewusst zu sein.

So bedeutet z.B. die Ablehnung der pflanzlichen Biotechnologie auch in Bayern die Abkehr von zukunftsträchtiger Innovationsentwicklung, die dann in anderen Ländern mit Sicherheit wahrgenommen werden. Die gerade erfolgte überstürzte Atomenergie-Ausstieg-Entscheidung, von CDU und CSU maßgeblich vorangetrieben und vollzogen, ist standortschädlich. Sie ist im Hinblick auf den Zeitaufwand nur schwer nachvollziehbar und bedeutet einen drohenden Verlust von Wertschöpfung - nicht nur in den energieintensiven Industrien wie die chemische Industrie, sondern auch in allen Bereichen, zu denen in der Wertschöpfungskette intensive Geschäftsbeziehungen existieren. Und das Argument der Sicherheit für die Bevölkerung geht völlig fehl, wenn man an die 146 Meiler in der EU denkt, deren Sicherheitsstandards geringer sind als im eigenen Lande.

Vorstellungen, die über lenkende Eingriffe der Politik in die Märkte mit einer sog. ökologischen oder grünen Industriepolitik in Richtung politisch definierter grüner Zukunftsmärkte und Technologien gelenkt werden sollen, sind schlichtweg der falsche Weg, um eine nachhaltige Entwicklung in der EU, in Deutschland und in Bayern herbeizuführen. Chemieprodukte sparen im Schnitt über ihren Lebenszyklus mehr als doppelt so viele klimarelevante Emissionen ein wie bei ihrer Produktion entstehen. Die chemische Industrie trägt damit neben ihrer eigenen Effizienz auch wesentlich zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz in vielfältigen Anwendungen bei. Will man die chemische Industrie als zentrale Schlüsselindustrie im Lande behalten, muss zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ein Deckel auf die maßgeblichen Energie-, Strom- und Rohstoffkosten von der Politik gewährleistet werden, ansonsten wird in dem heute üblichen Benchmark internationaler Art eine schleichende Abwanderung erfolgen - Investitionen würden dann reduziert oder ganz eingestellt, Arbeitsplätze in erheblichen Umfang wären dann gefährdet.

Panikmache aus politischem Kalkül ist genauso fehl am Platz wie übertriebene Ängstlichkeit vor Zukunftstechnologien wie Nanotechnologie, Bio- und Gentechnik, moderne Chemie, Pflanzenschutz etc. Nur mit der Industrie können die Herausforderungen der Zukunft bewältigt werden, die mit den Schlagworten Bevölkerungswachstum, Gesundheitsvorsorge, Klimaschutz etc. nur beispielhaft genannt seien.

## Gremien 2009/2011

### Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Hans Seidl, Grünwald  
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

### Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Prof. Dr. Rudolf Staudigl, München (Vorsitzender)  
Dr. Günter von Au, München  
Dr. Aldo Belloni, München  
Albert Franz, Obernburg  
Peter Kurz, Fürth  
Dr. Peter Umfug, München  
Dr. Alois Virag, Burghausen

### Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)  
Jens Abromeit, Hallstadt  
Dr. Josef Ertl, Ismaning  
Stefan Greger, Trostberg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen  
Karl Strummer, Vohburg  
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen (bis Dez. 2010)  
Dr. Dieter Tuppinger, Burghausen (bis Dez. 2010)

### Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Ass. Walter Vogg, München (Vorsitzender)  
Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf  
Hans-Peter Berroth, Kirchheim (bis Dez. 2010)  
Christian Beuth, Trostberg  
Harald Bräuning, Hartenstein  
Robert Brüstl, Gersthofen  
Dr. Heinrich Dageförde, Bobingen  
Rolf Flügel, München  
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig  
Dr. Guy Gansfort, Ismaning  
Michael Grimbs, Pullach  
Lothar Heißenberg, Haar  
Heinz Jahreiß, Bad Berneck  
Klaus Kamhuber, Trostberg  
Hannes Kauper, Nürnberg  
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl  
Dipl.-Oec. Peter Knoll, Fürth  
Ludger Markmann, Neu-Ulm  
Matthias Matz, Vohburg  
Ute Melcher, Pullach  
Volker Mletzke, München  
Reinhard Pfiffner, Gersthofen  
Hansjörg Pohl, Unterschleißheim  
Dipl.-Päd. Josef Reil, Burghausen  
Dr. Harald Schloßmacher, München  
Hans-Jörg Schneider, Burghausen (bis Dez. 2010)  
Barbara Strasser, Obernburg  
Ass. Gerd Winnefeld, Burghausen  
Engelbert Zehentmaier, Burghausen

### Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Jens Abromeit, Hallstadt  
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg  
Dr. Josef Ertl, Ismaning  
Jörg Hettmann, München  
Erich Lackner, Trostberg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen  
Dr. Wolfgang Schnell, München  
Dipl.-Kfm. Arne Schulle, Unterschleißheim  
Dr. Wolfgang Schumann, Geretsried  
Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm  
Dr. Wolfgang Stehle, Nürnberg  
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen (bis Dez. 2010)  
Dr. Dieter Tuppinger, Burghausen (bis Dez. 2010)  
Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg  
Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf

### Beirat (VCI-LV)

Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach  
Dipl.-Kfm. Markus Fritzsche, Essenbach  
Dipl.-Chem. Manfred Hoffmann, Neuburg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen  
Dr. Gerhard Lobmaier, Illertissen  
Dr. Thomas Schnell, München  
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen (bis Dez. 2010)  
Dr. Dieter Tuppinger, Burghausen (bis Dez. 2010)  
Dr. Hans Jürgen Wernicke, München

### Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)  
Dr. Hans Baur, München  
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg  
Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg  
Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Walberberg  
Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld  
Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking  
Dr. Hans Seidl, Grünwald  
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking  
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß

### Arbeitskreis / Vorsitz

**Berufsausbildung (VBCI)** Dr. Michael Wieser, Burghausen  
**Umweltfragen (VCI-LV)** Dr. Willi Kleine, Burghausen  
**Energiepolitik (VCI-LV)** Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen  
**Forschung (VCI-LV)** Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München

### Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dr. Hans Dieter Braun, Stulln

### Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

### Geschäftsführung (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):  
Ass. Stefan Mößner  
Franz Xaver Völkl

Geschäftsführer (VCI-LV):  
Dr. Josef L. Geller

Referenten (VBCI):  
Ass. Peter Fürnthaler  
Tobias Gotthardt (bis Sept. 2010)  
Ass. Christiane Hönig-Achhammer  
Ass. Ursula Saupp  
Robert Schuder  
Kwam Walton (seit Dez. 2010)



## JAHRESBERICHT 2010/2011

Verein der  
Bayerischen  
Chemischen  
Industrie e.V.  
VBCI

Verband der  
Chemischen  
Industrie e.V.  
Landesverband  
Bayern

Innstraße 15, 81679 München  
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33  
vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de  
www.die-bayerische-chemie.de